Stand: 23.11.2025 11:35:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6727

"Kurorte in der Krise"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/6727 vom 15.05.2025
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7528 des HA vom 04.06.2025
- 3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 22.07.2025
- 4. Beschluss des Plenums 19/8710 vom 29.10.2025
- 5. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

15.05.2025

Drucksache 19/**6727**

Antrag

der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

Kurorte in der Krise

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob die Leistungen der Kommunen zur Anerkennung als Kur- oder Erholungsort bei Haushaltkonsolidierungskonzepten künftig regelmäßig als unabweisbare Ausgaben deklariert werden können.

Begründung:

Kur- und Erholungsorte in Bayern übernehmen bedeutende Aufgaben im Gesundheits-, Tourismus- und Strukturentwicklungsbereich. Der Erhalt des Status "staatlich anerkannter Kurort", "Erholungsort" oder ähnliches ist nach der Bayerischen Anerkennungsverordnung (BayAnerkV) an umfangreiche Kriterien gebunden – etwa die Unterhaltung von Kurparks, Heilquellen, Infrastrukturen für den Gesundheitstourismus oder die Gewährleistung besonderer Umweltstandards. Diese Anforderungen können dauerhaft erhebliche Ausgaben verursachen, die über das übliche Maß kommunaler Pflichtaufgaben hinausgehen.

Gleichzeitig geraten insbesondere kleinere Kurorte in strukturschwachen Regionen zunehmend unter finanziellen Druck. In der Folge droht, dass zur Haushaltskonsolidierung genau jene Leistungen gekürzt werden, die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Kurort-Status sind. Dies führt zu einem strukturellen Dilemma: Die Kommune verliert mit dem Status auch Zugang zu touristischen Einnahmen, Förderprogrammen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten – was die Finanzlage weiter verschärft.

Aktuell werden solche Maßnahmen im Rahmen haushaltsrechtlicher Konsolidierungsverfahren in der Regel als "freiwillige Leistungen" eingestuft, obwohl sie faktisch notwendig sind, um den kommunalen Sonderstatus zu bewahren. Eine formale Anerkennung der Titelerhalt-Leistungen als "unabweisbare Ausgaben" im Sinne des kommunalen Haushaltsrechts (Art. 63 Gemeindeordnung – GO) würde nicht nur die Planungsund Handlungssicherheit für betroffene Kommunen erhöhen, sondern auch dem strategischen Interesse des Freistaates dienen, eine leistungsfähige Kurortlandschaft zu erhalten.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert zu prüfen, ob und wie die für den Titelerhalt erforderlichen kommunalen Aufwendungen künftig rechtlich und haushaltspraktisch als unabweisbare Ausgaben eingestuft werden können – insbesondere im Kontext von Haushaltskonsolidierungsprozessen und bei der Bewertung durch die Kommunalaufsicht.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

04.06.2025

Drucksache 19/7528

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**6727**

Kurorte in der Krise

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Andreas Winhart Mitberichterstatter: Daniel Artmann

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 4. Juni 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier

Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

	bed			
-6	nan	וםו	ITA	n:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 JOIN(2025) 120 final BR-Drs. 156/25

Drs. 19/6831, 19/7590 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschaftsund Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge JOIN(2025) 130 final; Ratsdok. 7558/25 BR-Drs. 167/25

Drs. 19/6832, 19/7580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge wird mit den auf Drs. 19/7580 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Spar- und Investitionsunion: Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU COM(2025) 124 final BR-Drs. 120/25

Drs. 19/6833, 19/7592 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird mit den auf Drs. 19/7592 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird der Beschluss des Bayerischen Landtags unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	A	Z

4. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss für Regionen:

Ein europäischer Äktionsplan für Stahl und Metall COM(2025) 124 final BR-Drs. 169/25

Drs. 19/6834, 19/7593 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	A		Z

5. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aktionsplan für erschwingliche Energie – Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer COM(2025 79) final

BR-Drs. 131/25

Drs. 19/6835, 19/7594 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

6. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Dekarbonisierung von Unternehmensflotten

Dekarbonisierung von Unternehmensflotten COM(2025) 96 final BR-Drs. 130/25

Drs. 19/6836, 19/7595 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

7. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen COM(2025) 88 final

BR-Drs. 135/25

Drs. 19/6846, 19/7578 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7578 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

8. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

COM(2025) 89 final BR-Drs. 136/25

Drs. 19/6847, 19/7579 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7579 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE Wähler	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z		Z

9. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für den KI-Kontinent COM(2025) 165 final

BR-Drs. 209/25

Drs. 19/6921, 19/7583 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs.19/7583 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Paket Europäische Netze 13.05.2025 - 05.08.2025 Drs. 19/6918, 19/7596 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7596 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

11. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion ("Data Union Strategy") 23.05.2025 - 18.07.2025 Drs. 19/6919, 19/7597 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7597 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. SPD Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes Drs. 19/6404, 19/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres an Bayerischen Kliniken Drs. 19/6570, 19/7543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Leben retten! Wiederbelebung in der Schule lernen! Drs. 19/6580, 19/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Transparenz bei Behandlungsfehlern wagen! Qualität im Gesundheitswesen verbessern! Drs. 19/6581, 19/7538 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD) Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren I.: Erhaltung von Kernkraft-Know-how in Bayern sicherstellen Drs. 19/6597, 19/7247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD) Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren II.: Forschungsstand zur Kernkraft in Bayern ermitteln Drs. 19/6598, 19/7544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD) Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren III.: Aktuellen Stand der Endlagerproblematik beleuchten Drs. 19/6599, 19/7248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Bürokratieabbau in Sachen Steuerbefreiung für Fahrzeuge der Land- und Forstwirtschaft Drs. 19/6605, 19/7532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
 Schutz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen – Konsequenzen aus einem tragischen Vorfall Drs. 19/6631, 19/7526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen monitoren und wirkungsvoll bekämpfen! Drs. 19/6683, 19/7550 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Kurorte in der Krise Drs. 19/6727, 19/7528 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Transparente und faire Versetzungsverfahren und Stellenzuweisungen von Lehrkräften Drs. 19/6732, 19/7546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z	Z	Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Einschleusung beenden! Drs. 19/6745, 19/7573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kommunale Verpackungssteuer ermöglichen – Schluss mit der Steuerverbotspolitik der Staatsregierung zulasten der Kommunen Drs. 19/6746, 19/7408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grie
ßhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
 Schulen schützen – Rechtsextremismus bekämpfen, Demokraties tärken

Drs. 19/6747, 19/7547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD) Sachverständigenanhörung über die Einführung von Reallaboren und "regulatorischen Sandkästen" in Bayern Drs. 19/6758, 19/7558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten: Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!
 Drs. 19/6801, 19/7553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr

Drs. 19/6802, 19/7539 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
 Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale
 Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken
 Drs. 19/6803, 19/7409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Grundrechte queerer Menschen in Europa verteidigen Drs. 19/6808, 19/7358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gemeinsam mit den Kirchen handeln: Jetzt die Zukunft unserer Gotteshäuser sichern helfen Drs. 19/6810, 19/7585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	A

33. Antrag des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kommunalförderrichtlinie für ärztliche Versorgung auch für Landkreise als Maßnahmenträger öffnen Drs. 19/6815, 19/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Integration und Bereitstellung von künstlicher Intelligenz (LLMs) in der Lehre bayerischer Hochschulen und Universitäten Drs. 19/6821, 19/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Augsburger Eiskanal erhalten! Drs. 19/6825, 19/7410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) 100 Prozent Zuschuss im Abrechnungsjahr für Kitas Drs. 19/6826, 19/7605 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler u.a. CSU Resilientes Bayern: Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes bei Bauvorhaben Drs. 19/6827, 19/7576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD

Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!

Drs. 19/6853, 19/7534 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
 Für die Stärkung von Heimat, Volk und Vaterland: Flagge zeigen! Drs. 19/6859, 19/7586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schreibkompetenz verstärkt fördern Drs. 19/6870, 19/7548 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "**Zustimmung"** zugrunde zu legen.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunft des Augsburger Eiskanals sichern - verlässliche Trainingsund Wettkampfbedingungen auch bei Niedrigwasser Drs. 19/6879, 19/7412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. SPD Kommunale Selbstverwaltung achten: Verbotspolitik der Staatsregierung beenden! Drs. 19/6890, 19/7413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Bürokratieabbau für Bayern: Zusammenlegung von Handelsund Transparenzregister
 Drs. 19/6911, 19/7554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen Drs. 19/6912, 19/7555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Gedenkort gegen Linksextremismus: Die "Landshut" nach Landshut holen! Drs. 19/6929, 19/7551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot! Drs. 19/6930, 19/7549 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Planungssicherheit für die Bayerische Filmindustrie: Reform der Filmförderung zügig und vollumfänglich umsetzen! Drs. 19/6938, 19/7556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine zweite Runde:

Weg mit dem Sitzenbleiben, dafür Chancen schaffen! Drs. 19/6939, 19/7587 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur Serie von Brandanschlägen auf die Polizei und Infrastruktur in Bayern Drs. 19/6943, 19/7530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen – Anstieg der Gewalt konsequent stoppen Drs. 19/6945, 19/7588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD Ja zu Olympia in München und Bayern! Drs. 19/6982, 19/7575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Benachteiligung Bayerns bei der Windenergie: Referenzertragsmodell beibehalten Drs. 19/6984, 19/7557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Expertenanhörung zu den Auswirkungen auf Natur und Alpen sowie europäisches Umweltrecht durch das dritte Modernisierungsgesetz der Staatsregierung Drs. 19/6986, 19/7533 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

zur 56. Vollsitzung am 22. Juli 2025

54. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Chance nutzen, Pendler entlasten! Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale Drs. 19/7014, 19/7537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

55. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD) Stärkung und Ausbau der lokalen Grundversorgung durch gezielte Förderprogramme im ländlichen Raum Drs. 19/7016, 19/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

56. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD) Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern – günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen! Drs. 19/7017, 19/7536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

57. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen I:
Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien Drs. 19/7089, 19/7541 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Studierendenaustausch intensivieren! Drs. 19/7090, 19/7542 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold u.a. SPD Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe an der vierstufigen Wirtschaftsschule Drs. 19/7143, 19/7589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

60. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Buren aus Südafrika gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Asylgesetz aufgrund begründeter Furcht vor rassistischer Verfolgung
Drs. 19/7189, 19/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

29.10.2025 Drucksache 19/8710

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

Drs. 19/6727, 19/7528

Kurorte in der Krise

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Daniel Artmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Harry Scheuenstuhl

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

Kurorte in der Krise (Drs. 19/6727)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch einmal darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag hochgezogen, weil er wichtig ist. Wir haben im Ausschuss zwar schon darüber gesprochen, aber die Situation hat sich nicht verbessert. Je näher wir an die Erstellung der kommunalen Haushalte kommen, desto mehr rückt dieses Thema in den Fokus. Das haben wir heute schon öfter besprochen. Den Kommunen geht es finanziell schlecht, schlicht und ergreifend, und es wird nicht besser werden. Wir sind gespannt, was morgen herauskommt.

Nichtsdestoweniger haben wir hier einen Antrag, der ein ganz konkretes Problem lösen soll, einen Prüfantrag an die Staatsregierung. Die Staatsregierung möge prüfen, ob Leistungen der Kommunen zur Anerkennung als Kur- und Erholungsort bei Haushaltskonsolidierungskonzepten künftig regelmäßig als unabweisbare Ausgaben deklariert werden können, meine Damen und Herren.

Hier geht es nicht ums Geld. Wir wollen jetzt nicht einen Haufen Geld in die Kommunen pumpen und wir wollen auch nicht den Staatshaushalt weiter belasten, sondern es geht schlicht und ergreifend darum, seitens der Staatsregierung bzw. der staatlichen Landratsämter zu schauen und zu sagen, ob es möglich ist, die besonderen

Aufwände in den Kur- und Erholungsorten nicht als freiwillige Leistungen, sondern als unabweisbare Ausgaben zu deklarieren. Da geht es nicht ums Geld – ich kann es nur noch einmal sagen –; es geht darum, wie man die Ausgaben der Kommunen in ihrer Selbstverwaltung deklariert und ansieht.

Meine Damen und Herren, jeder von Ihnen war schon einmal in einem Kurort oder in einem Erholungsort hier in Bayern; wir haben ja unzählige davon. Auch diese Orte haben natürlich wirtschaftliche Schwierigkeiten. Es ist ganz normal, dass ein Kurort nicht ein großes Industriegebiet und viele produzierende Unternehmen hat, sondern man geht dort vor allem hin, wenn man zur Reha in eine Klinik geht, beispielsweise um sich zu erholen für die schönen Dinge im Leben.

Wir schreiben aber den Kurorten in Bayern vor, dass sie, wenn sie sich zum Beispiel "Bad" nennen, ein gewisses kulturelles kostenloses Angebot darbieten sollen, dass sie bestimmte Einrichtungen vorhalten sollen, dass sie auf das Ortsbild achten sollen. Hierfür haben sie erhöhte Aufwendungen. All das gilt als freiwillige Aufgabe, meine Damen und Herren. Wenn wir das nicht ändern und wenn die betroffenen Kommunen weiterhin eine schiefe Haushaltslage haben und konsolidieren müssen, wird man als Erstes an die freiwilligen Aufgaben herantreten. Aber wir wollen doch alle nicht, dass unsere Kurorte demnächst mit einem Haufen produzierendem oder lautem Gewerbe belastet werden, sondern wir wollen, dass unsere Kurorte weiterhin der Erholung und der Genese von kranken oder in Rehabilitation befindlichen Menschen dienen.

Es wird auch nicht von heute auf morgen gehen, dass man die Gewerbesteuereinnahmen entsprechend nach oben fährt; denn es braucht Zeit, bis ein Gewerbe beispielsweise auch Gewerbesteuer zahlt. Nur über die Grundsteuer der Einheimischen ist es auch nicht zu machen, und recht viel mehr Einnahmen werden wir dann nicht generieren können, zumal viele Betriebe in diesen Bereichen, beispielsweise Kurkliniken, überhaupt keine Gewerbesteuer zahlen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einfach prüfen, ob es möglich ist, für die wenigen Orte, die in einer Schieflage sind, diese Ausnahme zuzulassen. Wir denken, es geht. Es ist also ein Prüfauftrag mit etwas Nachdruck. Er ist sehr, sehr wichtig für unsere Heilbäderstruktur in Bayern. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Daniel Artmann für die CSU-Fraktion.

Daniel Artmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den vorliegenden Antrag müssen wir leider fachlich ablehnen. Lieber Kollege Winhart, natürlich sehen wir auch die Not in den Kurorten, und es ist ja nicht so, dass die Staatsregierung nichts machen würde. Wir haben 1,8 Millionen Euro im Förderprogramm KuHeMo. Gleichzeitig hat jetzt unsere Gesundheitsministerin im Masterplan Prävention die Kurorte und Heilbäder als Standorte für Prävention, betriebliche Gesundheitsförderung und gesundes Älterwerden gestärkt und möchte hier aktiv werden. Natürlich haben wir auch letzte Woche das Maßnahmenpaket für die Rehakliniken, die oft in Kurorten sind, eingebracht.

Kurz zum Inhalt: Die Kurorttätigkeit ist eine freiwillige Aufgabe, wie Sie richtig geschildert haben. Sie ist zentraler Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Worum geht es, und warum ist der Antrag fachlich abzulehnen? – Sie haben gesagt, es sei unabweisbar, dass diese Ausgaben ausgewiesen werden sollen. Damit bewegen wir uns natürlich in Richtung Verpflichtung der Gemeinden. Das ist nicht wünschenswert und auch nicht notwendig; denn schon jetzt ist es bei Haushaltskonsolidierungen nicht notwendig, dass komplett auf freiwillige Leistungen verzichtet werden muss. Das ist sogar so, wenn man Stabilisierungshilfen erhält. Das heißt, wenn die Kurorttätigkeit weiter ausgeübt werden soll und die Ausgaben damit anfallen, ist es nach wie vor möglich. Das heißt, der Ansatz ist grundsätzlich falsch; denn Sie sagen, dass es

Bayerischer Landtag – 19. Wahlperiode

an die freiwilligen Leistungen gerade auch im Kurbereich gehen würde. Es ist heute

schon möglich, dass auch diese Leistungen weiter erbracht werden; nur muss im

Zusammenhang stehen, dass nach wie vor haushalterische Anstrengungen unternom-

men werden, um den Haushalt zu konsolidieren.

Wenn wir in Richtung Verpflichtung und Pflichtaufgabe gehen, kommen wir schon

dahin, dass sich konnexitätsrechtliche Probleme stellen; denn grundsätzlich schreibt

Artikel 83 der Verfassung vor, dass der Staat, wenn er Leistungen von den Kommunen

fordert bzw. sie beauftragt, diese Leistungen auch zahlen muss. Das würde natürlich

bedeuten, dass wir hier dann als Freistaat auch in der Pflicht wären. Deswegen ist

dieser Antrag fachlich abzulehnen.

Grundsätzlich verstehen wir die Problematik, was die Kur- und Heilbäder angeht.

Wir haben aber, glaube ich, jetzt einige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um sie

bestmöglich zu unterstützen. Aber aus den genannten Gründen lehnen wir den Antrag

fachlich ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischen-

bemerkung vom Abgeordneten Andreas Winhart, AfD-Fraktion, vor.

Andreas Winhart (AfD): Werter Kollege Artmann, ihr könnt doch eure CSU-Bürger-

meister nicht so dermaßen hängen lassen, solange sie, zumindest bis Mai noch, im

Amt sind.

(Lachen bei der AfD)

Das Fachliche ist doch ein ganz anderer Punkt.

Daniel Artmann (CSU): Dass Sie das Fachliche nicht interessiert, ist mir schon klar.

Andreas Winhart (AfD): Wir haben jetzt von Ihnen eine ganze Reihe an Maßnahmen gehört, die angeblich helfen sollen. Weder der Antrag mit den Rehakliniken noch irgendeine andere Maßnahme, die Sie genannt haben, –

Daniel Artmann (CSU): Wir haben ein konkretes Förderprogramm.

Andreas Winhart (AfD): – ich habe eine Minute – trifft auf die gemeindlichen oder städtischen Haushalte zu. Das ist der erste Punkt.

Das Zweite ist, dass es, wenn man hier nicht eingreift, voll und ganz in der Hand der jeweiligen Aufsichtspersonen im jeweiligen Landratsamt liegt, wie die das sehen und dieses Haushaltskonsolidierungsmaßnahmenpaket bewerten. Daher ist man nicht auf der sicheren Seite mit der Art und Weise, wie Sie an die Sache herangehen, und ich bitte Sie noch einmal inständig, in sich zu gehen und zu prüfen, ob das korrekt ist.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege Winhart, Ihre Minute ist jetzt trotzdem um. – Bitte schön.

Daniel Artmann (CSU): Ich glaube, wenn die Kommunen – ich habe da großes Vertrauen – einen sauberen Haushaltsplan vorlegen, wie sie konsolidieren wollen, wird das Landratsamt es auch dementsprechend bewerten. Es geht darum, dass Sie fachlich etwas fordern, das in eine Pflichtaufgabe übergehen würde. Aus dem Grund ist es einfach abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Winhart, ich verstehe gar nicht, warum Sie mit dem Antrag so einen auf dicke Hose machen. Was steht denn da drin? – Sie wollen, dass geprüft wird. Dabei haben Sie für sich schon beantwortet, dass die Prüfung natürlich so ausgehen wird, wie Sie es sich

wünschen. In dem Antrag steht, die Kommunen sollen weiter Geld ausgeben dürfen. Da ist kein einziger Euro drin, da ist nichts für die Kommunen drin. Daher verstehe ich gar nicht, was das Theater hier soll. Wenn Sie wollten, dass die Kommunen mehr Geld bekommen, hätten Sie zum Beispiel vielleicht heute Nachmittag gut zugehört oder letzte Woche bei der Aktuellen Stunde oder, oder.

Ich stelle fest, der Antrag hilft dem Tourismus nicht, weil kein Euro dabei herumkommt. Er hilft auch, wie Sie sagen, wenigen bayerischen Kurorten nicht. Wenn Sie sich die Haushalte anschauen, werden Sie feststellen, dass viele der bayerischen Kurorte eher am unteren Ende sind, was die Haushaltslage angeht.

Der Kollege hat schon auf die Haushaltslogik bei Sanierungen hingewiesen. Davon kann ich in Erlangen auch ein Lied singen. Dank der volkswirtschaftlich total schwachsinnigen kleinräumlichen Unterbietung mit Gewerbesteuerhebesätzen haben wir da gerade unser Päckchen zu tragen. Natürlich kann man als Kommune argumentieren, welche Ausgaben heute notwendig sind, damit man auch weiter Einnahmen hat und, und. Das werden die Kommunen tun.

Das hilft dem Tourismus nicht. Deswegen werden wir den Antrag weiterhin ablehnen, so wie im Ausschuss auch. Es wurde heute auch schon einmal gefragt, warum Sie Anträge hochziehen, die eindeutig beraten worden sind, und noch dazu so einen inhaltsleeren, der keinen Euro bringt. Das verstehe ich nicht. Wir lehnen ab. Einen schönen Abend noch.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zwanziger. – Der nächste Redner ist der Kollege Stefan Frühbeißer für die FREIEN WÄH-LER.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist von den Vorrednern schon analysiert worden, wie wir diesen Antrag zu bewerten haben. Ich möchte aber ganz deutlich sagen, dass er von der

fachlichen Seite her eher im Bereich erstes Lehrjahr für Verwaltungsrecht bzw. Kommunalrecht angesiedelt ist.

Wir brauchen uns nur anzuschauen, wie er beschrieben ist: Hier wird eine Prüfung beantragt. Sie haben das Thema wohlwissend nicht Pflichtaufgabe genannt. Jeder Fachmann würde Ihnen nämlich sagen, dass man das nicht prüfen muss, sondern dass eindeutig und ganz klar geregelt ist, was Pflichtaufgaben und was freiwillige Aufgaben sind. Sie haben offenbar versucht, dieses Dilemma zu umschiffen, und sprechen von unabweisbaren Ausgaben. Dieser Begriff stammt aber eigentlich aus dem Bereich der vorläufigen Haushaltsführung. Als Höhepunkt haben Sie noch einfach mal so eine Vorschrift angegeben, Artikel 63 der Gemeindeordnung, um noch halbwegs einen Bezug zu vermeintlichem Fachwissen herzustellen. In Artikel 63 der Gemeindeordnung ist die Haushaltssatzung geregelt. Diese hat aber weder mit der vorläufigen Haushaltsführung, sprich Artikel 69, noch mit Pflichtaufgaben, Artikel 57, zu tun. Deshalb ist der Antrag von der fachlichen Seite her – ich sage einmal ein bisschen vorsichtig – schwach und schon deshalb abzulehnen.

Es geht aber noch weiter, wenn man in die Praxis schaut. Sie haben in Ihrem Vortrag selbst gesagt, dass es um ein paar wenige Kurorte geht, die angeblich dieses Problem hätten. Ich habe einmal bei uns in der Regierung von Oberfranken nachgefragt. Oberfranken ist bekanntlich die Region mit den meisten Stabilisierungsgemeinden. Dort ist nach Rückmeldung die Situation so, dass es in keinem Fall ein Problem gibt. Sprich, diesen betroffenen Kommunen wird die Haushaltsgenehmigung nicht deshalb versagt, weil sie gewisse Aufwände dafür tätigen, um den Erhalt des Kurortprädikats zu gewährleisten. Das ist also von der Sache her schon einmal falsch.

Sie beziehen sich offenbar auf ein paar wenige Kurorte, die weitaus höhere Investitionen tätigen wollen. Hier sagt die Rechtsaufsicht vielleicht zu Recht, seid einmal ein bisschen vorsichtig, damit ihr eure Pflichtaufgaben tatsächlich durchführen könnt. Ich glaube, alles, was sich der Gesetzgeber hier gedacht hat, hat Sinn und Zweck. Denn

eines ist auch klar: Es ist immer noch wichtiger, dass man die Daseinsvorsorge sicherstellt; dann kommen erst die freiwilligen Leistungen und die wirtschaftliche Betätigung.

Im Übrigen ist der Tourismus ein Wirtschaftsfeld. Dies bedeutet, wenn man mit dem Tourismus auf langfristige Sicht kein Geld verdient, dann soll man vielleicht besser die Finger davon lassen, weil ein ewiges Draufzahlgeschäft ist eher sinnlos. Aus den genannten Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Frühbeißer. – Als nächster Redner hat der Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick ist der Antrag der AfD ja eigentlich ganz harmlos. Man will den Kurorten helfen. Schaut man jedoch genauer hin, stellt man fest, das ist kein Hilfsangebot, sondern eine billige Show. Jeder weiß nämlich eigentlich: Sobald etwas zur Pflichtaufgabe wird, kommt die Konnexität. Das ist also ein Etikettenschwindel von allerbester Qualität. Das ist unabweisbar: Bei der Pflichtaufgabe kommt die Konnexität. Der Freistaat Bayern müsste das bezahlen. Im Antrag ist kein Finanzierungsvorschlag enthalten. Wie gesagt, das ist alles nur Show.

Ich frage mich auch – wir haben es heute schon gehört –: Wenn alle Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund aus den Kurorten verschwinden sollen, wer soll denn dann die Arbeit machen und wer soll dann das Kurwesen aufrechterhalten? Man kennt sich hier wohl überhaupt nicht aus. Über 30 % der Arbeitskräfte haben Migrationshintergrund. Wir haben es heute ein paarmal gehört, dass eine Zwangsvertreibung geplant ist. Schon alleine deswegen ist das abzulehnen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Die Zwischenbemerkung stammt vom Abgeordneten Winhart für die AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Werter Herr Kollege, vielleicht ist Ihr Redebeitrag ein bisschen uhrzeitbedingt. Der Tag ist schon etwas fortgeschritten. Aber wo bitte haben Sie den Zusammenhang gefunden zwischen unserem Antrag und dem, was Sie gerade von Migration, Vertreibung etc. gesprochen haben?

Ich weise das streng von uns. Hier geht es um eine finanzrechtliche Sache, bei der man darum bittet, ob man das zukünftig vonseiten der Regierung vielleicht anders interpretieren könnte. Sie machen dann so etwas draus. Also ganz ehrlich, schämen Sie sich nicht manchmal?

Harry Scheuenstuhl (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sehen Sie einmal, wie es uns manchmal geht, wenn man eine Wildschwein-Diskussion führt und auf einmal kommt man zu dem Thema, dass kein Geld mehr da ist, weil alles für die Ausländer ausgegeben wird. So geht es uns immer mit Ihren komischen Wortmeldungen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten, und die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 22:06 bis 22:09 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kurorte in der Krise", Drucksache 19/6727, bekannt: Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

zur 62. Vollsitzung am 29. Oktober 2025

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.10.2025 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion AfD; Kurorte in der Krise (Drucksache 19/6727)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	Х		
Arnold Horst			
Artmann Daniel		Х	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole			
Bauer Volker		Х	
Baumann Jörg	Х		
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad		Х	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Becher Johannes			
Beck Tobias		Х	
Becker Barbara		Х	
Dr. Behr Andrea			
Behringer Martin		Х	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz			
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	Х		
Böltl Maximilian		Х	
Bozoglu Cemal			
Brannekämper Robert		Х	
von Brunn Florian		Х	
Dr. Brunnhuber Martin		Х	
Dr. Büchler Markus			
Celina Kerstin		X	
Cellia Reisuii		^	
Deisenhofer Maximilian		Х	
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene			
Dierl Franc		X	
Dr. Dietrich Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		Х	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		Х	
Dr. Ebner Stefan			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		Х	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina		Х	
Feichtmeier Christiane			
FlierI Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten		Х	
Friedl Patrick		Х	
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	Х		
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		Х	
Groß Johann		X	
Gross Sabine		X	
Grossmann Patrick		_ ^	
Guttenberger Petra		Х	
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel	X	<u> </u>	
Hanna-Krahl Andreas	^		-
		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang Heinisch Bernhard		X	-
Heisl Josef			
		V	-
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Hierneis Christian Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		Х	
Hold Alexander		Х	
Holetschek Klaus		Х	
Holz Thomas		Х	
Dr. Hopp Gerhard		Х	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Jakob Marina		Х	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
our cu / marcus			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro		Х	
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel			
Köhler Claudia		Х	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		Х	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		Х	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		Х	
Lipp Oskar	X	^	
Locke Felix	^	X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
		^	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian		Х	
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		Х	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		Х	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		Х	
Müller Ulrike			
water onike			
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter	^		
144351 Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		<u> </u>	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia		_^	
Preidl Julian		Х	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		Х	
Reiß Tobias		Х	
Rinderspacher Markus		Х	
Rittel Anton		Х	
Roon Elena	Х		
Saller Markus		X	
Schack Jenny			
Schalk Andreas		Х	
Scharf Martin		Х	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		Х	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		Х	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		Х	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin		Х	
Schorer-Dremel Tanja		Х	
Schreyer Kerstin		Х	
Schuberl Toni		Х	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		Х	
Seidenath Bernhard		Х	
Siekmann Florian		Х	
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		Х	
Stock Martin		Х	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl			
Streibl Florian		Х	
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		Х	
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha		Х	
Trautner Carolina		Х	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen			

Anlage 3
zur 62. Vollsitzung am 29. Oktober 2025

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	Χ		
Wachler Peter		Х	
Wagle Martin		Х	
Walbrunn Markus	Χ		
Freiherr von Waldenfels Kristan		Х	
Waldmann Ruth		Х	
Weber Laura		Х	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		Х	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	Χ		
Zellmeier Josef		Х	
Zierer Benno			
Freiherr von Zobel Felix		Х	
Zöller Thomas		Х	
Zwanziger Christian		Х	
Gesamtsumme	25	102	0